Land-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 550

Dienstag, 22. November 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941
Nur für Nachgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise: bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.80 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 50 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ab. Ersatzabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1066 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Antwort auf Hitlers Rückfragen

Präsidial- oder parlamentarische Regierung?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Nov. Das Antwortschreiben des Reichspräsidenten auf die gestrige Rückfrage Adolf Hitlers ist, wie angekündigt, heute mittag um ½2 Uhr dem Führer der Nationalsozialistischen Partei zugeleitet worden. Ueber den Inhalt des Schreibens wird in Regierungskreisen keine Mitteilung gemacht. — Es ist nach Auffassung unterrichteter Kreise noch nicht sicher, ob die Antwort Hitlers schon heute erfolgen wird.

Ueber Meißners Antwort verlautet, daß sie sachlich auf alle Einzelheiten eingeht und jede Möglichkeit für weitere Verhandlungen offen läßt. In einem Schlußsatz wird dann der Erwartung Ausdruck gegeben, daß Hitler nunmehr, nachdem alle Fragen geklärt seien, bis heute nachmittag eine endgültige Antwort geben möchte, ob er Hindenburgs Auftrag annimmt oder nicht.

Es verlautet, daß der Kern der Rückfragen Hitlers dahinging, ob der Auftrag Hindenburgs an Hitler bedeute, daß er eine Präsidialregierung mit parlamentarischen Bindungen bilden soll, oder ob er eine parlamentarische Mehrheitsregierung mit Präsidialbindungen zu bilden habe.

Man steht offenbar bei den Nationalsozialisten auf dem Standpunkt, daß für die Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung nicht so weitgehende Vorbedingungen gestellt werden dürften, wie das der Reichspräsident getan hat,

während für den Fall der Bildung einer Präsidialregierung dem etwaigen zukünftigen Kanzler erheblich weitere Vollmachten gegeben werden müßten, vor allem im Hinblick auf eine etwa notwendig werdende Reichstagsauflösung, da mit dem Gedanken einer Präsidialregierung eine feste Parteienbindung unvereinbar sei.

Der nationalsozialistische „Angriff" richtet an den Reichspräsidenten die Frage, ob er eine präsidiale oder eine parlamentarische Regierung wünsche.

Bei Nachprüfung der Hindenburgschen Vorbehalte müsse man zu der Ansicht kommen, daß in ihnen parlamentarische und präsidiale Elemente durcheinandergemischt seien, das heißt, daß die Bedingungen teils von präsidialen, teils von parlamentarischen Voraussetzungen ausgingen, so daß das Ganze völlig undurchsichtig erscheine. Beispielsweise sei das Verlangen nach der künftigen Ausschaltung des Dualismus zwischen Reich und Preußen ein rein präsidial bedingtes Verlangen, das man auch nur gestützt auf eine präsidiale Regierung, aber nicht auf eine parlamentarische garantieren könne. Man müsse es geradezu als einen Konstruktionsfehler bezeichnen, von einer parlamentarischen Regierung, wie sie Hitler ja bilden solle, eine derartige Garantie fordern zu wollen. Hitler solle eine parlamentarische Regierung zusammenbringen. Den bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten habe es jedoch entsprochen, daß der Reichskanzler als verantwortlicher Führer der Reichspolitik in personeller Hinsicht bei der Zusammensetzung seines Kabinetts völlig freie Hand gehabt habe. Es sei schwierig, sich vorzustellen, wie Hitler eine parlamentarische Regierung bilden könne, wenn man ihm plötzlich diese bei ähnlichen Gelegenheiten früher gewährte Freiheit der Entschlüsse nun auf einmal entziehen wolle. Was die Forderung nach Vorlage eines Wirtschaftsprogramms anbelange, so sei sie eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Das Volk warte schon lange auf die Durchführung des nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms, und die NSDAP. warte ihrerseits auch schon lange, um es in die Tat umzusetzen.

Alles in allem, schließt der „Angriff", sieht man, daß schon der Versuch der Ausführung aller dieser Bedingungen den Auftrag Hindenburgs an Hitler in dieser Form undurchführbar machen würde.

Erklärungen der Wilhelmstraße

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Nov. In der Wilhelmstraße, also von seiten des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, wendet man sich heute scharf gegen das von verschiedenen Presseorganen geübte System, Mißtrauen über die Loyalität der Gedankengänge auszustreuen, die Hindenburg bei seinem Vorgehen bewegt haben. Insbesondere weist man darauf hin, daß es unrichtig sei, daß Papen im Hintergrund sich irgendwie um die Kabinettskrise kümmere oder gar Einfluß nehme. Papen sei nicht zum Rücktritt gezwungen worden durch starke Strömungen in seinem Kabinett, sondern sei aus freiem Entschluß zurückgetreten. Er habe unmittelbar nach der Wahl bereits den Beschluß gefaßt, zurückzutreten, falls dadurch eine Verbreiterung der Regierungsbasis möglich werden sollte. In der entscheidenden Kabinettssitzung hat der Reichskanzler zuerst das Wort ergriffen und den Antrag gestellt, das Kabinett möge seine Gesamtdemission beim Reichspräsidenten einreichen, da dieser Weg allein zu einer nationalen Konzentration führen könne. Auch habe der Reichskanzler dem Reichspräsidenten stets zugeredet, Hitler zu beauftragen. Es treffe also nicht zu, daß sich der Reichskanzler irgendwie im Hintergrund einer Politik befleißige, die als Störungsmanöver bezeichnet werden könnte. Ebensowenig treffen anderweitige Pressemeldungen zu, daß der Reichspräsident verschiedene ostpreußische Freunde, so Herrn von Oldenburg, Herrn von Berg-Markienen und einige andere zu sich zu einer Unterredung gebeten habe. Die Herren seien weder um eine Unterredung gebeten worden noch erschienen, noch hätte irgendeine Aussprache stattgefunden.

Richtig sei lediglich, daß der Reichskanzler v. Papen am Sonntag beim Reichspräsidenten gewesen ist. Hindenburg behalte sich auch weiterhin vor, seine Entschlüsse mit dem amtierenden Reichskanzler zu besprechen.

Die Beurteilung in Paris und London

London, 22. Nov. Die englische Presse verhält sich zu der politischen Entwicklung in Deutschland vorläufig durchaus abwartend. Die Berichte der Berliner Berichterstatter über die zweite Unterredung zwischen Hitler und Hindenburg und deren Ausgang werden allerdings in großer Aufmachung wiedergegeben. In den Berichten wird allgemein zum Ausdruck gebracht, daß die Aussichten auf eine Regierungsbildung unter Hitler sehr gering seien. Hitler könne Hindenburgs Bedingungen entweder nicht ausführen oder nicht annehmen. Verschiedene Blätter, zum Beispiel „Daily Herald", sprechen von einer geschickten Falle, die Hindenburg Hitler gestellt habe.

*

Paris, 22. November. Die französische Presse glaubt nicht, daß es Hitler gelingen werde, ein regierungsfähiges Kabinett aufzustellen. Man erwartet vielmehr, daß er noch am Dienstag oder spätestens Mittwoch dazu gezwungen sein werde, die Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen einzusehen und dem Reichspräsidenten den Auftrag zurückzugeben. Einige Blätter geben der Auffassung Ausdruck, daß Hindenburg eine außerhalb aller Parteien stehende Persönlichkeit mit der Regierungsbildung beauftragen werde, um wieder ein Präsidialkabinett aufzustellen.

Der „Quotidien" vertritt die Ansicht, daß es für Frankreich einerlei sei, wer an der Spitze der deutschen Regierung stehe. In Frankreich werde immer nur General von Schleicher als der wirkliche Herrscher in Deutschland gelten.

Rundfunkkommissar Scholz tritt ins Innenministerium zurück

Berlin, 22. Nov. Nach Abschluß der Neuordnung des Rundfunks tritt der Rundfunkkommissar Ministerialrat Scholz wieder in das Reichsministerium des Innern zurück. Der Reichsminister des Innern hat Herrn Ministerialrat Scholz seinen Dank für die hingebende und erfolgreiche Arbeit bei der Neuordnung des Rundfunks ausgesprochen.

Der neue Präsident der Landwirtschaftskammer

Die 15. Gesamtsitzung der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen wählte heute den bisherigen zweiten Vizepräsidenten, Oekonomierat Richter-Lautitz, zum Präsidenten der Landwirtschaftskammer.

Oekonomierat Adolf Richter

Adolf Richter wurde am 10. Juni 1869 in Kittlitz als fünfter Sohn des Rittergutsbesitzers Richter auf Nieder- und Mittelbischdorf geboren. Er besuchte die Realschule I zu Bautzen, lernte dann zwei Jahre bei Oekonomierat Frohberg in Reibersdorf und war anschließend auf ein Jahr als Beamter dort tätig. 1888 trat er in Zittau beim 102. Regiment als Einjähriger ein, war darauf viereinhalb Jahre in der väterlichen Wirtschaft Nieder- und Mittelbischdorf und verwaltete als noch verhältnismäßig sehr junger Mann eine größere Gutsherrschaft in Waldau (OL.) siebeneinhalb Jahre selbständig. Vom 1. Juli 1900 bis 1. Juli 1920 hatte er die Herrschaft Baruth als Güterdirektor und Generalbevollmächtigter geleitet und dann das Rittergut Lautitz gepachtet, das 1927 in seinen Besitz überging.

Richter ist Vorsitzender der Kreisdirektion Bautzen, der Landstände der Sächsischen Oberlausitz, Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates, des Reichsmonopolamtes, Vorsitzender des Verwertungsverbandes Deutscher Spiritusfabrikanten, Abt. Sachsen, und zahlreicher landwirtschaftlicher Organisationen und Vereine.

Der Bericht über die Gesamtsitzung befindet sich auf Seite 3 dieser Ausgabe.

Erneute Besprechungen Neuraths und Sir John Simons

Genf, 22. Nov. Die mit dem deutschen Außenminister Freiherrn von Neurath gestern eingeleiteten privaten Besprechungen werden heute fortgesetzt. Der deutsche Außenminister hat Sir John Simon für den Nachmittag zum Tee eingeladen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß in der Aussprache verschiedene Punkte erörtert werden, die nach den Erklärungen Simons im Unterhaus und im Büro der Abrüstungskonferenz noch einer besonderen Klärung bedürfen.

Weltwirtschaftskonferenz erst Ende April

Genf, 22. Nov. Der engere Organisationsausschuß des Völkerbundsrats für die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz beschloß heute nach längeren geheimen Verhandlungen, an denen auch Reichsaußenminister Freiherr von Neurath teilnahm, den endgültigen Zeitpunkt für den Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz erst auf der Januartagung des Völkerbundsrats festzusetzen. Der Vorbereitende Sachverständigenausschuß ist daher zu einer zweiten Tagung zu Anfang Januar einberufen worden.

Der Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz soll nach den heutigen Verhandlungen erst Ende April oder Anfang Mai 1933 erfolgen.

Viel bemerkt wurde eine Erklärung Norman Davis', daß der Vorbereitende Sachverständigenausschuß auch solche Fragen auf die Tagesordnung setzen solle, die einen schwierigen politischen Charakter tragen. Man sieht darin ein Aufgeben der bisherigen amerikanischen Vorbehalte, wonach sich die Weltwirtschaftskonferenz nicht mit der internationalen Schuldenfrage und der internationalen Zolltarifpolitik befassen dürfe.

Rosting will nicht Völkerbundskommissar bleiben

Genf, 22. November. Ueber die endgültige Ernennung eines Völkerbundskommissars in Danzig wird bekannt, daß der vorläufige Kommissar, Rosting, dessen Mandat bis Dezember läuft, es vorziehen wird, auf seinen Genfer Posten zurückzukehren. Es besteht die Absicht, als Völkerbundskommissar den Vertreter einer Großmacht zu wählen. — Der Völkerbundsrat wird sich bereits morgen vormittag mit der Danziger Beschwerde wegen der Einführung der Zlotywährung auf den Danziger Eisenbahnen beschäftigen.

Verbot der niederrheinischen SPD.-Presse

Essen, 22. Nov. Die gesamte niederrheinische SPD.-Presse ist vom Dienstag ab bis einschließlich Sonnabend durch den Oberpräsidenten der Rheinprovinz verboten worden. Als Grund des Verbotes wird die Veröffentlichung eines Artikels „Brachts komödienhafte Hauptmann-Ehrung" angegeben. Von dem Verbot werden die der Sozialdemokratischen Partei angehörigen Blätter in Essen, Duisburg, Düsseldorf, Krefeld, Neuß und Wuppertal betroffen.